

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Inge Wettig-Danielmeier  
MdL, AsF-Bundesvorsitzen-  
de, erinnert an das In-  
krafttreten des Gleich-  
berechtigungsgesetzes vor  
25 Jahren: Kein Anlaß zum  
Feiern. Seite 1

Karl Liedtke MdB fordert  
die Innenminister auf,  
Herbert Schnoor gegen  
Kohls Angriffe zu vertei-  
digen: "Krefeld" kann  
überall sein. Seite 3

Klaus Kübler MdB weist  
eine Gegenreform des § 218  
zurück: Voreilige Hoff-  
nungen der Konservativen.  
Seite 4

Freimut Duve MdB setzt  
sich für eine verstärkte  
Förderung des Fahrradver-  
kehrs ein: Die Automobil-  
machung gegen das Fahrrad  
stoppen. Seite 5

Heinz Kühn zum Thema Theo  
M. Loch: Einige grundsätz-  
liche Feststellungen.  
Seite 6

Dokumentation  
Ephard Eppler auf dem  
Kirchentag in Magdeburg:  
Vertrauen wagen - damit  
wir leben können (Teil I).  
Seite 8

38. Jahrgang / 123

1. Juli 1983

Kein Anlaß zum Feiern

-----  
Vor 25 Jahren trat das Gleichberechtigungsgesetz in Kraft

Von Inge Wettig-Danielmeier  
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer  
Frauen (AsF)

Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist - obwohl ver-  
fassungsmäßig garantiert - auch heute noch längst nicht ver-  
wirklicht. Deshalb muß jede Gelegenheit genutzt werden, um  
die Verwirklichung dieses Grundgesetzgebotes zu fordern.  
Das 25-Jahr "Jubiläum" des am 1. Juli 1958 in Kraft getre-  
tenen Gleichberechtigungsgesetzes bietet eine solche Gelegen-  
heit, denn ein Anlaß zum Feiern ist es sicher nicht. Eher  
ein Lehrstück für den mühsamen Kampf der Frauen für ihre  
Rechte.

Nachdem mit Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949  
- gegen vielfältige Widerstände - das allgemeine Gleichbe-  
rechtigungsgebot Verfassungsauftrag geworden war, verschob  
Artikel 117 Grundgesetz (GG) dessen Wirksamwerden erst ein-  
mal auf den 31. März 1953. Erst ab 1. April 1953 sollten  
alle Gesetze unwirksam werden, die dem Gleichberechtigungs-  
gebot widersprachen. Wie wenig dieses Gebot zunächst zur  
Kenntnis genommen wurde, zeigt das im Mai 1950 erlassene  
Bundespersonalgesetz, das festlegt, daß "ein weiblicher Beam-  
ter, wenn er sich verheiratet, entlassen werden (kann)". Bei  
derartiger Einstellung verwundert es nicht, daß am 31. März  
1953 kein Gesetzesentwurf vorlag, der im einzelnen regelte,

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Printed in Germany  
by Schmidt-Kühnlein  
Krefeld, P. 107



welche Vorschriften unwirksam wurden und wie sie zu ersetzen seien. Fünf Jahre lang gab es quasi ein rechtliches Vakuum, die betroffenen Frauen waren auf einzelne richterliche Entscheidungen angewiesen. Das dann zum 1. Juli 1958 endlich in Kraft getretene Gleichberechtigungsgesetz war dagegen sicher ein Fortschritt; die in ihm festgelegten Regelungen brachten aber nicht in allen Fällen wirkliche Verbesserungen für die Frauen. So gelang es zum Beispiel der CDU/CSU gegen den massiven Widerstand der Sozialdemokraten, den "Letztentscheid des Vaters" in Erziehungsfragen in das Gesetz zu bringen. Begründet hat sie das unter anderem mit der "Schutzfunktion des Mannes, die in der Rechtsordnung in besonderem Maße herauszustellen sei". Letztlich hat allerdings dieser Versuch, alte Privilegien zu retten, nicht viel genutzt, denn kurze Zeit später erklärte das Bundesverfassungsgericht diese Regelung für verfassungswidrig.

Die Geschichte bietet hier jedoch nicht nur ein Lehrstück für die Mühen des Kampfes um die Gleichberechtigung; sie zeigt auch, daß Fortschritte erreichbar sind. Elisabeth Selbert ist es gelungen, den Gleichberechtigungsgrundsatz ins Grundgesetz zu bringen. Regeln, nach denen alles in der Ehe Erworbene zum Eigentum des Mannes wurde oder nach denen der Ehemann auch über das Vermögen der Frau alleine zu entscheiden hatte, vor allem aber das eheherrliche Recht, über Berufstätigkeit oder Hausfrauentätigkeit zu entscheiden, wurden durch das Gleichberechtigungsgesetz abgeschafft. Fortschritte sind erkennbar. Wenn jetzt die neue CDU/CSU-Regierung alles daransetzt, zu diesen Zuständen zurückzukehren, dann müssen wir um die Erhaltung des bisher Erreichten kämpfen. Das allein reicht jedoch nicht, wir müssen auch um weitere Verbesserung der Situation von Frauen kämpfen. Auf die "Schutzfunktion des Mannes" verzichten wir gerne, wir fordern Gleichheit - jetzt!

(-/1.7.1983/ks/ca)

+ + +



**"Krefeld" kann überall sein**  
-----

Die Innenminister müssen Herbert Schnoor gegen Kohls Angriffe verteidigen

Von Karl Liedtke MdB

Vorsitzender des SPD-Parteirates

Zwischen den Fraktionen des Bundestages gab es stets ein verhältnismäßig gut funktionierendes Einverständnis: Terroristen und anderen Gewalttätern spielen die demokratischen Parteien nicht in die Hände. Die innere Sicherheit, Aufgabe der Länder, kann nur in Zusammenarbeit gewahrt werden. Wer hier ein parteipolitisches Kampffeld eröffnet, schadet nur. Aus diesem Grundverständnis heraus hat unsere Republik die Hochzeit des Terrorismus mit Morden und Geiselnahmen letztlich überstanden, ohne sich von ihrem freiheitlichen Kern zu entfernen und zum Polizeistaat zu entwickeln. Ich erinnere nur an die Krisenstäbe beim Bundeskanzler, in dem alle Parteien des Bundestages vertreten waren.

So bedauerlich die Gewalttätigkeiten in Krefeld waren: der neue "Krefelder Appell", unterzeichnet von Kohl, Zimmermann, Schäuble, bis hin zur CSU, zum wirklich Schuldigen den nordrhein-westfälischen Innenminister Schnoor zu machen und damit die innere Sicherheit zu einem neuen parteipolitischen Konfliktfeld zu erklären, ist staatspolitisch unverantwortlich. Ihrem Ziel, eine Radikalisierung zwischen den politischen Parteien zu erreichen, kommen so die Extremisten und Terroristen ein gutes Stück näher. Ihr bester Erfolg ist stets die "Kopfjagd" unter Politikern.

Eine ihrer größten Niederlagen erlitt diese Szene zweifellos anlässlich der großen Friedensdemonstration in Bonn mit 300.000 Teilnehmern, die zu einem großen Volksfest geriet. Die Folge: allgemeines Lob für die Polizei aus Nordrhein-Westfalen und ihren Chef, Innenminister Herbert Schnoor.

Die Innenminister aller Länder, unabhängig von welcher Partei, sind im Bereich der inneren Sicherheit auf enge Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe angewiesen. Sie sollten sich gemeinsam gegen Verurteilungen durch den Kanzler und den Innenminister wehren. Kollegiales Schweigen reicht da nicht aus. Wie es aussieht, braucht im Herbst wieder jeder den anderen Kollegen. Krefeld kann dann überall in der Bundesrepublik liegen.

-/1.7.1983/ks/ca)

+ + +



Voreilige Hoffnungen der Konservativen  
-----

Eine Gegenreform des Paragraph 218 wird nicht stattfinden

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Die eindeutige Erklärung des Bundesjustizministers Engelhardt (FDP), daß eine Änderung des Paragraph 218 Strafgesetzbuch (StGB) nicht zur Diskussion stehe, ist zu begrüßen. Seit der sogenannten Wende in Bonn diskutieren immer wieder Politiker der CDU und der CSU über eine angebliche Notwendigkeit zu einer Änderung des Paragraph 218 StGB. Teile der CDU und CSU fordern nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand, die teilweise Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs aufzuheben. Es ist zu befürchten, daß Engelhardt (FDP) ein einsamer Rufer in der Koalition mit der CDU und CSU bleibt. Bundeskanzler Kohl hält - wie gewohnt - die Öffentlichkeit und die Frauen im ungewissen.

Die konservative Wende ist auch hier zu spüren. Ängste und Erniedrigungen der Frauen spielen für die CDU und die CSU eine zweitrangige Rolle.

Wir Sozialdemokraten werden uns mit den einer Opposition möglichen Mitteln gegen jede Gegenreform des Paragraph 218 wenden.

Immer mehr Frauen begreifen, wie für sie persönlich die schwarze Wende 1982 in Bonn aussieht.

Es ist politisch unanständig, durch das ständige Gerede um eine Wiederherstellung des alten Zustandes der Abtreibungsbestrafung Millionen von Frauen zu verunsichern. Das Bundesverfassungsgericht, das zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Finanzierung des gesetzlichen Schwangerschaftsabbruchs durch die gesetzlichen Krankenkassen Stellung nehmen wird, nimmt damit nicht auch zugleich zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der jetzt gültigen Fassung des Paragraph 218 Stellung.

Voreilige Hoffnungen der Konservativen sind fehl am Platze. (-/1.7.1983/ks/ca)

+ + +



Die Automobilmachung gegen das Fahrrad stoppen

Der Fahrradverkehr muß mehr gefördert werden

Von Freimut Duve MdB

Die Zahl der Fahrradfahrer hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Das Fahrrad hat sich vom Freizeitgerät zum wieder anerkannten Verkehrsmittel gewandelt, die jahrelange Vernachlässigung und Benachteiligung gegenüber dem Auto wich einer neuen Fahrradkultur. Das Fernziel einer ausgebauten Fahrradinfrastruktur und eines bundesweiten Fahrradtrassensystems hätte auf der Tagesordnung stehen müssen.

Die Zeiten, in denen sich die Minister öffentlichkeitswirksam auf den Sattel des Fahrrads setzten, sind aber vorbei. Innenminister Zimmermann und Verkehrsminister Dollinger setzen wieder auf die "Automobilmachung" der Gesellschaft, auf weiteren Autobahn- und Fernstraßenausbau. Die Förderung der Fahrradverbände wird zurückgestuft, die vor kurzem noch hochgelobte "Stiftung Fahrrad" wird sang- und klanglos fallengelassen.

Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung kommen wieder unter die Räder des Autos. Zunehmend müssen die Radfahrer als Opfer und als Sündenböcke dieser verkehrspolitischen Fehlentwicklung herhalten. Die steigende Zahl der Fahrradunfälle und das verrechtlichte Schuldkorsett, in das die Radfahrer gesteckt werden, schaffen ein Klima, das eine intensivere Fahrradnutzung bremst:

Die Fahrradwege werden sträflich schmal gebaut und häufig von Autofahrern zugeparkt. Die örtlichen Behörden bleiben aufgefordert, hier wesentlich engagierter den Verkehrsweg der Radfahrer freizuhalten. Solange dies nicht geschieht, ist es gefährlich, radelnden Kinder über acht Jahren die Benutzung des Gehsteiges zu verbieten.

Der Fahrradverkehr muß weiter gefördert werden:

- o Durch die Einführung verkehrsberuhigter Zonen
- o durch Hebung der Verkehrssicherheit und Änderung der Verkehrsregelung
- o durch Verbesserung und finanzielle Förderung von Radwegen, Abstellanlagen, Fahrradstationen und Vermietstellen
- o und durch Einbeziehung der Fahrradförderung in das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.  
(-/1.7.1983/ks/ca)

+ + +



Zum Fall Loch  
-----

Einige grundsätzliche Feststellungen

Von Heinz Kühn

1. Es geht nicht um die Zugehörigkeit des ehemaligen oder des Chefredakteurs Fernsehen des WDR zur SS.

Ich habe zu jenen gehört, die im Jahre 1946 an der Seite Kurt Schumachers für die Befreiung jener junger Menschen von jedem Schuldvorwurf am Dritten Reich in Versammlungen und Artikeln gekämpft haben, - wie aus meinen Artikeln, Büchern und Reden als Ministerpräsident ersichtlich ist, - die aus irregeleitetem Idealismus den Ideologien Hitlers verfallen waren und geglaubt haben, mit nationalsozialistischer Mitgliedschaft und Zugehörigkeit auch zur SS, ihrem Vaterland dienen zu sollen.

Ich habe dies auf der anderen Seite als Mitglied der Sozialdemokratie und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit einer anderen Zielsetzung für die deutsche Zukunft getan und darf den Idealismus, den ich für mich in Anspruch nehme, nicht anderen absprechen.

Übrigens bin ich in meiner Widerstandszeit, sowohl innerhalb Deutschlands im Untergrund als draußen im Exil, Nationalsozialisten begegnet, die sehr anständige Kerle waren. Einem, der sogar ein "alter Kämpfer" war, verdanke ich vielleicht mein Leben, zumindest meine Freiheit.

Wer welchen Weg ging, hing oft vom Elternhaus und seinem prägenden Erziehungseinfluß ab. Mich hat ein sozialdemokratisch-katholisches Elternhaus vor der Verführung hitlerischer Ideologien bewahrt. Herrn Lochs nationalsozialistisch orientiertes Elternhaus hat ihn über eine NS-Oberschule, die unter dem Patronat der SS stand und bei der erwartet wurde, daß mit dem Schulabschluß der Beitritt der Schüler zur SS erfolgte, den Ideologien des Rattenfängers zugetrieben. Es wäre pharisäerisch, wenn ich, den mein Gesinnungsweg zum Widerstand führte, Herrn Loch einen Vorwurf daraus machte, daß er im Kriege zum Waffen-SS-Kompanieführer der Leibstandarte Adolf Hitlers wurde.

2. Es wäre jedoch eine Sache des politischen Geschmacks gewesen, ob ich mich von einem Kompanieführer der Leibstandarte Adolf Hitlers in Kenntnis seiner Verstrickung - ein Begriff übrigens den Herr Loch ausdrücklich in der gemeinsamen Erörterung des Verwaltungsrates des WDR für sich anerkannte -, als Zeitzeuge über meine Widerstandstätigkeit hätte interviewen lassen. Wenn er mir dies vorher gesagt hätte, hätte ich ihm ein anderes Thema für unser Zwiegespräch im Fernsehen vorgeschlagen: Die Darlegung, wie man aus absolut entgegengesetzten Positionen in seiner Jugend, sich heute als gereifte Männer begegnen kann in unserer pluralistischen Demokratie bei dem Bemühen diese freiheitliche Staatsform lebendig und gesichert zu erhalten. Dabei hätte in diesem Interview zum Ausdruck kommen können, daß wir auch heute, sehr unterschiedlich in unserer politischen "Blutgruppe", in Toleranz und Respekt, uns in dieser Verantwortung begegnen. Das hätte ein Lehrstück von "Zeitzeugen" für die deutsche Jugend sein können.

3. Es geht mir nicht um die Vergangenheit und ich erwarte von einem damals jungen Manne, der idealistisch seinen Weg ging, wenn er sich nicht in kriminelle Taten hat verwickeln lassen, keinerlei Schuldbekennnis, aber ich erwarte von Herrn Loch eine Ungeeignetheitserkenntnis für die Tätigkeit des Chefredakteurs Fernsehen des WDR.

Und zwar aus folgenden Gründen: Dieser Chefredakteur ist nicht nur verantwortlich für alle politischen Sendungen, bei denen sehr häufig schwierige Situationen entstehen können, er ist auch verantwortlicher Vorgesetzter aller Auslandskorrespondenten des WDR-Fernsehens, nicht nur in Moskau und Warschau, sondern auch in Belgien, den USA und vielen anderen Ländern, wo der WDR die Interessen der ARD vertritt.

Wie wird die Position solcher Korrespondenten sein, wenn deren Vorgesetzter im WDR Waffen-SS-Kompanieführer der Leibstandarte Adolf Hitler war?



Von der öffentlichen Meinung dieser Länder kann man nicht das in schmerzlichen Erlebnissen gewonnene Einfühlungsvermögen in einen solchen Lebensweg erwarten, das wir unter uns Deutschen zueinander gefunden haben.

Noch dazu, wenn die Einheit, der Herr Loch angehört hat, in Malmedy in Handlungen verwickelt war, die die belgische Öffentlichkeit als Kriegsverbrechen bewertet. Zu einer Zeit übrigens, bei der Herr Loch nachgewiesenermaßen nicht bei seiner Einheit, sondern zur Schulung von Unteroffizieren abkommandiert war.

Wir haben im Verwaltungsrat vor einiger Zeit die finanzielle Honorierung aus Programmmitteln des "Westdeutschen Rundfunks" einer neonazistischen Gruppe für ihre Selbstdarstellung vor den Kameras des WDR einhellig, Verwaltungsrat und die Leitung des Hauses, bedauert und für unwiederholbar erklärt. Wie mißverständlich wäre die Diskussion in der Öffentlichkeit verlaufen, wenn man dort gewußt hätte, daß der verantwortliche Chefredakteur, wenn auch in seiner Jugend, Kompanieführer der Leibstandarte Adolf Hitlers war? Dies zeigt die Schwierigkeit eines Mannes dieser Herkunft in dieser Stellung.

4. Ich habe bei der Erörterung des "Falles Loch" als erster das Wort im Verwaltungsrat ergriffen und dabei erklärt, daß es gelte, eine Lösung zu finden, die die Integrität von Herrn Loch unangetastet läßt bei aller Ungeeignetheit, gerade diese Tätigkeit auszuüben. Ich würde auch in voller Kenntnis seines Lebensweges, in der sich übrigens der Verwaltungsrat als Ganzes und ich persönlich nicht befunden haben, seiner Anstellung im WDR in einer seine konservativen Auffassungen als Kommentator ermöglichenden Stellung zugestimmt haben, jedoch würde ich meine Zustimmung aus den dargelegten Gründen für die Position des Chefredakteurs verweigert haben.

Es ist also eine "ungeheuerliche Lüge", wie ich es in einer dpa-Meldung genannt habe, wenn mir der Bericht von Breuer in der Rheinischen Post, offenbar von Kräften der CDU in Nordrhein-Westfalen initiiert, unterstellt, ich sei erst "auf ausdrücklichen Hinweis auf die Vergangenheit Kultusminister Girgensohn in der SS bereit gewesen, einer Ehrenerklärung für Loch zuzustimmen".

Ich halte gar nichts davon, wenn in solchen Situationen, die differenzierter sind, als sie oberflächlichen Polemikern erscheinen, mit für wirkungsvoll gehaltenen Retourkutschen, "Haust Du meinen SS-Mann, hau' ich Deinen SS-Mann", zu antworten, und habe in der Verwaltungsratssitzung deshalb auch gesagt, daß ich aus dem Stegreif eine ganze Reihe von Namen nennen könne, die heute durchaus demokratisch überzeugend in allen drei demokratischen Parteien an herausgehobener Stelle mitarbeiten und in ihrer Jugend bei der Waffen-SS oder in der NSDAP waren. Und so habe ich auch als erster in der Debatte des Verwaltungsrates, um einen Ausweg aus der Situation zu finden, die uns verpflichtet, die Integrität eines Mitarbeiters, aber auch die Stellung des WDR zu schützen, die Ehrenerklärung für Herrn Loch angeboten, lange bevor mich Herr Windelen, wie er gewiß auf Befragen der Zeitung zugegeben bereit sein würde, außerhalb der Sitzung des Verwaltungsrates, aus Anlaß einer Sitzungsunterbrechung, gefragt hat, ob nicht auch Girgensohn der Waffen-SS angehört habe.

Was ich gewußt habe, ebenso wie von anderen SPD-, CDU- und FDP-Leuten auch.

5. Übriges: Ich halte es für eine zumindest törichte Reaktion von Herrn Loch, daß er einen dümmlich-arroganten Solidaritätsbrief der Presse übergeben hat, in dem sein Amtsnachfolger auf dem Bonner Stuhl des WDR, Herr Behrens, die Auseinandersetzung um seinen Chefredakteur zu einer kommunistischen Aktion macht. Ebenso wie Herr Kremp in der "WELT" zur Kenntnis nehmen muß, daß hier niemand über Herrn Loch mit "Hammer und Sichel hergefallen" ist. Herr SS-Schönhuber ist vielmehr in seinem zweiten Buch über Herrn Loch mit den Siegrunen der SS hergefallen und hat ihn denunziert, was übrigens Herrn Loch ehrt, weil er dem Appell des SS-Mannes um Solidarität in Bezug auf ihre jugendliche Vergangenheit, die bei Herrn Schönhuber immer noch Gegenwart zu sein scheint, nicht gefolgt ist.

(-/1.7.1983/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Auf dem Kirchentag Magdeburg hat Erhard Eppler am vergangenen Wochenende folgende Ansprache gehalten:

Vertrauen wagen - damit wir leben können

(Teil I)

1. Wenn unser Thema so gemeint ist, wie es dasteht, dann lautet der Umkehrschluß: Es gibt kein Leben ohne Vertrauen. Das Kind, das nicht mindestens zu einer Bezugsperson Vertrauen fassen kann, das sich nicht zumindest von einer Person, meist der Mutter, angenommen fühlt, ist nicht lebensfähig. Es wird krank, psychisch und physisch.

Vertrauen in diesem Sinn in das Wissen: Hier ist ein Mensch, der will, daß es mich gibt, der verhindern will, daß mir etwas zustößt, der traurig wird, wenn ich Schmerzen habe, der sich freut, wenn ich mich freue. Hier ist ein Mensch, dem ich mich anvertrauen kann, bei dem ich mich geborgen fühle.

Wer kürzlich die Bilder jener Afrikanerinnen gesehen hat, die aus dem heruntergekommenen Wirtschaftswunderland Nigeria in ihre Heimat Ghana zurückgetrieben wurden, dem ist klargeworden: Die Kinder, die da, total übermüdet, auf dem Rücken ihrer erschöpften Mütter einschliefen, fühlten sich geborgener als manches Schlüsselkind in den reichen Ländern. Man hat in diesem Zusammenhang von Ur-Vertrauen gesprochen. Wo dieses Ur-Vertrauen nicht erfahren wird, gibt es nur geschädigtes, irreparabel verletztes Leben.

2. Wo Jesus von seinem Vater im Himmel spricht, wird das Ur-Vertrauen sichtbar, ohne das unverkümmertes Leben nicht möglich ist. Wäre Jesus in einen anderen, weniger patriarchalischen Kulturkreis hineingeboren worden, so hätte er vielleicht von seiner Mutter im Himmel gesprochen. Die Lilien auf dem Felde und die Vögel unter dem Himmel haben - ohne, wie der Mensch, darüber zu reflektieren - dieses Ur-Vertrauen.

Sie säen nicht, sie ernten nicht, aber sie sind getragen, umhüllt, gespeist von der Kraft dessen, der will, daß es sie gibt, der sich freut, wenn sie sich freuen. Was wir vom Leben Jesu wissen - und das ist ja nicht sehr viel - strömt dieses Ur-Vertrauen aus: Jesus kann nirgendwohin fallen außer in die Hände jenes Vater- oder Muttergottes, den er, wie ein Kind, um das tägliche Brot bitten darf.

3. An Jesus Christus glauben, heißt Vertrauen wagen, sein Vertrauen wagen. Aber nun eben nicht mehr das nie angefochtene Vertrauen des Kindes in der Wiege, dem andere Menschen nie anders als lächelnd, liebkosend, helfend begegnet sind, sondern das Vertrauen des Kindes auf dem Rücken der ausgemergelten, verzweifelten Mutter auf der Flucht in der Sonne Afrikas. Dieses Kind hat Menschen brüllen, schelten, weinen, jammern, schreien gehört, es hat Durst und Hunger erlitten, und die Mutter hat es nicht hindern können. Sie hat das Kind herausreißen müssen aus der Stube, in der es inzwischen jeden Winkel kannte und wußte, womit und mit wem es spielen konnte. Und trotzdem ist jenes Vertrauen geblieben, von dem das Kind lebt. Und der Körperkontakt im kleinen Sack auf dem Rücken der Mutter läßt dieses Vertrauen keinen Augenblick abreißen.

Christlicher Glaube ist nicht naives Vertrauen, sondern Vertrauen trotz allem, trotz allen schlimmen Erfahrungen, die wir mit andern und mit uns selbst gemacht haben. Es ist auch kein Vertrauen, von dem wir beweisen können, daß es sich auszahlt. Es ist gewagtes Vertrauen.

4. Weil aber Leben ohne Vertrauen verkümmern muß, ist das Wagnis solchen Vertrauens Umkehr zum Leben. Es ist Umkehr, weil es unser wohlbegründetes Mißtrauen überwindet, weil es unserer Flucht vor uns selbst, unserem Nächsten, einer bedrückenden Wirklichkeit Einhalt gebietet, weil es uns den Mut gibt, all dem das Gesicht zuzuwenden, dem wir bisher mißtrauisch und ängstlich den Rücken zugewandt haben.



Es ist Umkehr, weil wir da erst einmal stehen bleiben, ruhig und ungehetzt um uns blicken, verschnauften können. Und es ist Umkehr, weil wir dann gelassen und getrost auf das zugehen können, was uns geängstigt hat oder noch ängstigt: Vor allem auf den Nächsten, dem zu mißtrauen wir meist einleuchtende Gründe haben.

Und es ist Umkehr zum Leben, weil uns dadurch erst das Leben in seiner Fülle, seinem Reichtum, seinen täglichen Überraschungen erschlossen wird. Wir treten dem Leben nicht mehr gegenüber in jener Verslossenheit, jener Enge, aus der die Angst kommt, sondern in Dankbarkeit für jeden neuen Tag, in der vertrauensvollen Offenheit für das Kommende, die uns fähig macht, Freude, Trauer, Glück, Verbundenheit zu erfahren, dem Augenblick zu geben, was des Augenblicks ist.

5. Zwischen erwachsenen Menschen gibt es wohl nur relatives, also starkes, bewährtes oder tastendes, angefochtenes, aber kein absolutes Vertrauen. Ich kann demselben Menschen als Autofahrer vertrauen und als Pilzkenner mißtrauen, ich kann mich auf seine Diskretion verlassen, aber seinen Rat für töricht halten, ich kann auf seine Menschenkenntnis bauen und seine Fähigkeit zur politischen Analyse in Zweifel ziehen.

Und meist wird das Höchstmaß zwischenmenschlichen Vertrauens da erreicht, wo über seine Grenzen offen gesprochen werden kann.

Allerdings absolutes Mißtrauen macht menschliches Zusammenleben zur Hölle. Ich habe dieses Wort mit Bedacht gewählt. Denn wo Menschen sich nur noch gegenseitig belauern, sich gegenseitig auf die Schliche zu kommen versuchen, hinter jedem Wort und hinter jeder Geste Täuschung wittern, ist das Gegenteil dessen, was uns als Leben verheißen ist. Wo jeder dem andern unterstellt, er wolle eben nicht, daß es ihn gibt, er wünsche ihn "zum Teufel", da muß Leben erstarren, zur Qual werden.

So wie wir Menschen nun einmal sind, gibt es Grenzen des Vertrauens, aber auch Grenzen des Mißtrauens. Ohne ein Mindestmaß an Vertrauen können Menschen nicht miteinander leben.

6. Menschen sind anfällig für die Verführungen der Macht. Daher gehen alle politischen Systeme aus von der Notwendigkeit des Vertrauens und der Wirklichkeit begründeten Mißtrauens. Die Lehre Montesquieus von der Teilung der Gewalten, von der gegenseitigen Kontrolle der Machtfaktoren hält Mißtrauen für angebracht, aber doch auch Vertrauen für unerlässlich. Und vielleicht kann politisch Vertrauen nur wachsen, wo wir vor der Realität des Mißtrauens nicht die Augen verschließen. Denn nur dann können wir diesem Mißtrauen seinen Platz zuweisen, ihm sein relatives Recht einräumen, es aber auch in seine Grenzen verweisen.

Laßt es mich paradox sagen: Nur wo man offen auch über Mißtrauen reden kann, wächst Vertrauen.

Und vor allem: Nur wo jeder den andern kennt, seine Wünsche und seine Empfindlichkeiten, weiß, mit wem er es zu tun hat, weiß, was der andere tun kann und was er nie tun wird, entsteht Vertrauen.

Als Willy Brandt und Leonid Breschnew sich kennen und schätzen lernten, machte keiner Abstriche von dem, was ihn geprägt hatte, wofür er stand, ja sie sprachen offen über ihre Befürchtungen, ihren Mangel an Vertrauen. Aber dann kam der Moment, wo beide überzeugt waren: Dieser andere versucht nicht, mich über's Ohr zu hauen. Ich kann mich auf sein Wort verlassen. Er ist mit mir auf der Suche nach Frieden. Ohne dieses menschliche Vertrauen hätte es die Verträge zu Beginn des letzten Jahrzehnts nicht gegeben.

Jedes politische Vertrauen ist das Wagnis, Mißtrauen zu überwinden.

(-/1.7.1983/ks/ca)

+ + +

(Fortsetzung folgt)

Verantwortlich: Willi Carl

